Hector schießt scharf

In die Achillesferse

Sind Sie mit der UN zufrieden?", fragte das Gallup-Institut in acht verschiedenen Ländern. Das Ergebnis war niederschmetternd. In keinem Land war eine Mehrheit mit den Vereinten Nationen einverstanden. Unzufrieden dagegen waren in Frankreich und Norwegen 30 Prozent, in Kanada und Australien 39 Prozent und in Holland und den USA 51 Prozent der Befragten. In der Sowjetunion hat keine Abstimmung stattgefunden.

Der bisherige Verlauf der UN-Vollversammlung ist nicht geeignet, das erschütterte Vertrauen der Welt in ihre Friedensorganisation wiederherzustellen. Die erste Sitzungsperiode wies drei Höhepunkte auf. Zunächst forderte Marshall für die USA eine Revision der UN-Verfassung durch die Schaffung eines Sicherheitsausschusses ohne das bisherige Vetorecht der Großmächte. Er kritisierte dessen skrupellosen Gebrauch durch die UdSSR.

Nach einem Tag Bedenkzeit antwortete der Sowjetvertreter Wyschinski mit einer Rede, die die „New York Times" als die heftigste bezeichnete, die jemals vor der UN gehalten wurde. Wyschinski habe sich wie ein Staatsanwalt vor einem Moskauer Gericht aufgeführt, vor dem Verbrecher wegen einer Verschwörung gegen den Sowjetstaat angeklagt sind. Für die „New York Herald Tribune" war die Rede „reiner Nihilismus". Eine derart beharrliche negative Einstellung des Kremls der UN gegenüber könne diesen für eine Teilhaberschaft an den Problemen der Zeit nur für ungeeignet erscheinen lassen.

Der einzige konkrete Vorschlag Wyschinskis, während dessen Ausführungen die Delegierten Englands und Amerikas unter lebhaftem Gelächter der Versammlung verständnisvolle Blicke tauschten, ein „Gesetz gegen Kriegspropaganda durch die Presse" zu schaffen, wurde auf die Tagesordnung gesetzt.



Wie ein Staatsanwalt
Wyschinski wurde massiv



Wie ein Verteidiger
McNeil wurde massiver

Die Reaktion entsprach der Provokation. Der Vertreter Großbritanniens, Staatsminister Hector McNeil, jüngstes Mitglied der Regierung, entgegnete Herrn Wyschinski recht massiv. Zunächst gab er ihm einige Grundsätze zu bedenken, ohne deren Befolgung die UN zerstört werde. „Keine Nation ist allwissend" und: „Keine Nation ist allmächtig", oder: „Keine Nation kann erwarten, daß ihre Ansichten jederzeit von allen geteilt werden".

Als Komödie bezeichnete McNeil dann die Behauptungen Wyschinskis über mangelhafte Zusammenarbeit der USA und über die Bedrohung Moskaus durch Athen und Ankara. Der 37jährige Labourminister aus dem Foreign Office brach eine Lanze für den Konservativen Winston Churchill, den der Russe mit Hitler verglichen hatte. Churchills Kampf gegen den Nationalsozialismus brauche den Vergleich mit dem irgendeines Mitglieds der Kommunistischen Partei nicht zu scheuen.

Churchill sei im Bombenhagel durch die Straßen Londons gegangen, als die deutschen Flugzeuge noch mit russischem Benzin flogen. Nachdem McNeil so die Achillesferse der sowjetischen Propaganda aufgezeigt hatte, von der sonst die alliierte Nächstenliebe schweigt, wies er den Vorwurf als ungeheuerlich zurück, Großbritannien wolle sich auf dem Kontinent festsetzen.

Alarmiert zeigte sich der britische Vertreter über den Plan Moskaus, die absolute Oberherrschaft zu erzwingen. Es sei müßig, von Gleichheit zu sprechen, wenn bei internationalen Verhandlungen sich eine Delegation etwa bei der Abrüstungs- und Atomfrage, Rechte anmaße, die sie andern nicht zugestehe. Die Tagung der Außenminister im November sei fast die letzte Chance, den Frieden in Europa zu sichern. Auf die Drohung des Vertreters der weißrussischen Sowjetrepublik, Kuzma Kiselew, daß Atombomben mit noch schlimmerem beantwortet werden könnten, ging McNeil nicht ein.

Der Unterstaatssekretär im Foreign Office hat mit dieser Rede sein großes Debut vor der Welt gegeben. Er stammt aus einer schottischen Arbeiterfamilie und ist in England wegen seiner Energie und seiner großen Aktivität bekannt geworden.

Außenminister Bidault erinnerte an Frankreichs Bemühungen, eine Versöhnung zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion herbeizuführen. Resigniert erklärte er, er wisse nicht, wie die Reden Marshalls und Wyschinsksis in Uebereinstimmung gebracht werden könnten.

Etwas optimistischer zeigte sich der norwegische Generalsekretär der UN, Trygve Lie. Die Differenzen hätten noch kein Ausmaß erreicht, das die UN bedrohe. Kompromißbereitschaft sei das Mittel, einen Ausgleich zwischen Ost und West zu schaffen.

Mit wechselnden Mehrheiten wurde beschlossen, die folgenden UN-Sorgen auf die bereits 62 Punkte umfassende Tagesordnung zu setzen: Palästina, Griechenland, Korea, Revision des italienischen Friedensvertrages und der Marshall-Vorschlag zur Bildung eines Sicherheitsausschusses.

Nur für ein einziges Problem ist bisher eine einleuchtende Patenlösung vorgeschlagen worden. Der Streit zwischen Großbritannien und Aegypten um die endgültige Räumung des Niltals durch die britischen Truppen kann nach Ansicht der Kairoer Presse ganz einfach dadurch entschieden werden, daß man den Suez-Kanal zuschüttet.

Marshall-Plan ohne Theater

Europa wartet auf 22,4 Milliarden

Die erste Etappe des Marshall-Plans ist durchlaufen. Die Pariser Verhandlungen der 16 Nationen über die Zukunft von 400 Millionen Europäern sind abgeschlossen. Amerika weiß jetzt, was der alte Kontingent braucht, um gesunden zu können. Der auf Verlangen Mr. Claytons, des Wirtschaftsberaters von Außenminister Marshall revidierte Konferenzbericht liegt jetzt in Washington vor.

Englands Ernest Bevin schloß die Konferenz mit einer großen Rede: der Bericht sei keine Bitte um Almosen, sondern die berechtigte Forderung Europas auf Hilfe.

Der auf Washington gezogene Wechsel lautet auf 22,4 Milliarden Dollar. Davon hat die Weltbank 3,1 Milliarden bereits zugesagt. Die Restsumme muß vom USA-Kongreß akzeptiert werden. Ueber seine vorzeitige Einberufung hat Präsident Truman noch keine Entscheidung gefällt.

Die Teilnehmer an der Konferenz im Pariser Großen Palais haben neben der Berechnung der Dollar-Forderung einen umfangreichen Vierjahresplan für die Organisierung der eignen Anstrengungen Europas ausgearbeitet. Er sieht Produktionssteigerungen auf allen Gebieten vor.

Marshall hat seinem französischen Kollegen Bidault mitgeteilt, daß ein Anlaufen seines Plans vor dem Frühjahr unmöglich sei. Sein Vertreter Robert A. Lovett hat jedoch die Notwendigkeit sofortiger Dollarhilfe öffentlich zugegeben. „Newsweek" befürwortet diesen Gedanken. Die USA. müßten einer politischen Hilfsoffensive Moskaus zuvorkommen.

Während Westeuropa die schlechteste Ernte seit 1830 habe, sei in Rußland die beste seit Kriegsbeginn gereift. Die Aufhebung der Brotrationierung in der UdSSR sei wahrscheinlich. Trotzdem könnten noch vier Millionen Tonnen Wei-